

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

(33. - öffentliche - Sitzung am 3. Mai 2019)

Beratungsthemen:

1. **Niedersächsisches Rüstungsindustriekataster**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3256](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2901](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Neuregelung der Betriebsbeschränkungen für den Flughafen Hannover–Langenhagen“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/3476](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 GO LT durch und beschloss, dem federführenden Ausschuss anstelle einer Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

5. **Aufhebung des Feiertagsfahrverbots an nicht bundeseinheitlichen Feiertagen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1255](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: -

6. **Halt von Fernverkehrszügen am Bahnhof Hamburg-Harburg dauerhaft sichern**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/3552](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung auf. Er erörterte Grundzüge des Antrags und besprach Verfahrensfragen.

7. **Verschiedenes**

Der Ausschuss beschloss den Themenkatalog für das Gespräch mit dem Gesamtverband Niedersächsischer Kreditinstitute am 14. Juni 2019.

Auf Wunsch des Sprechers der Fraktion der FDP kam der Ausschuss überein, in einer der nächsten Sitzungen den Entwurf eines Reformgesetzes zur Vergabe öffentlicher Aufträge in Niedersachsen - Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1524](#) - auf die Tagesordnung zu setzen.